



Eine Veranstaltung des Gesprächskreises Wirtschaft und Finanzen am 23. Februar 2011 im Atrium der Deutschen Kreditbank.

## **Berlin 2020: Fit für die Zukunft? - Nachhaltige Finanzpolitik mit der Schuldenbremse**

Trotz der guten Konjunkturlage konnten sich die Bundesländer Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein bisher nicht ausreichend erholen. Seit Oktober 2010 stehen die Finanzen der Länder unter externer Kontrolle, da der Stabilitätsrat - ein Gremium von Bund und Ländern - befürchtet, dass die vier Länder in eine finanzielle Notlage geraten könnten. Das Erreichen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse wäre gefährdet. Von den Ländern wird verlangt, dass sie ab 2019 praktisch ohne Neuverschuldung auskommen. Im Stabilitätsrat wurde die Überwachung von vier Kennziffern vereinbart: das strukturelle Finanzierungsdefizit, der Schuldenstand, die Kreditfinanzierungsquote des Etats und die Zins-Steuer-Quote.

Über die Bewertung dieser Entwicklung diskutierten unter der Moderation von **Prof. Dr. Dieter Puchta: Monika Kuban**, Stellvertretende Geschäftsführerin und Finanzdezernentin des Deutschen Städtetages, **Dieter Mützelburg**, Staatsrat für Finanzen Bremen, **Christoph Meyer** MdA, Fraktionsvorsitzender FDP Berlin, **Dr. Ulrich Nußbaum**, Finanzsenator Berlin, **Melanie Bähr**, Geschäftsführerin Recht & Fair Play IHK Berlin.

Der Diskussion ging ein zwanzigminütiger Eingangsvortrag von Senator Nußbaum voraus. Hier führte er zunächst aus, was unter Nachhaltigkeit zu fassen sei und dass Berlins Schwerpunkte als zukunftsorientierte Investitionen in den Feldern Bildung und Erziehung liege. Gleichzeitig hieße nachhaltige Finanzpolitik, Altlasten zu reduzieren. Hierbei sei die Schuldenbremse wichtig, um das nötige Vertrauen bei Kapitalmärkten und Bevölkerung auszubauen. Ein weiterer Punkt für die Entwicklung Berlins sei der Stabilitätsrat, denn er sei für die Haushaltsdisziplin gut und wichtig. Konsolidierung sei richtig, ohne die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft an eine leistungsfähige Verwaltung zu enttäuschen. Vor diesem Hintergrund schloss der Senator unter Berufung auf die Konsolidierung des Haushalts Steuersenkungen aus, betonte jedoch auch gleich, dass die Gewerbesteuer nicht erhöht werde. Zu prüfen sei, ob die bereits viel diskutierte City-Tax vertretbar sei. Im Vordergrund der Politik stehen der Haushaltsausgleich und das Streben nach politischer Unabhängigkeit, dort, wo Berlin Schwerpunkte gesetzt habe. Zugute käme hierbei, dass Berlins Ausgabenzuwächse im Bundesvergleich deutlich niedriger seien als



in anderen Bundesländern. Die Ausgaben seien priorisiert. Es gehe zu allererst um substanzerhaltende Investitionen, dann um Projektfinanzierungen. Ebenfalls gesteuert werde über die Personalpolitik: Organisationsprozesse in der Verwaltung würden optimiert bei gleichzeitiger restriktiver Einstellungspolitik. Ein dauerhaftes Risiko für den Haushalt stelle die Gefahr von Zinsschwankungen und nennenswerten Zinserhöhung dar, denn mehr als 10 Prozent der Gesamtausgaben würden auf Zinszahlungen verwendet. Senator Nußbaum betonte, der Kurs von maximal 0,3 Prozent jährliche Zuwachsraten bei den Ausgaben bleibe bei gleichzeitiger Bemühung um mehr Wirtschaftsansiedlung. Ziel und Orientierung für 2020 ist ein ausgeglichener Haushalt und die Einhaltung der Schuldenbremse.

Nach dem Vortrag eröffnete Herr **Puchta** die Diskussion mit Fragen an Frau **Kuban**, inwiefern Subventionsgesetze mit Auslaufdaten versehen werden sollten und welche Instrumente der Haushaltsführung (mit Blick auf ihre Erfahrungen in Duisburg) zur Konsolidierung geeignet wären. Hierzu sprach sich Frau Kuban erneut für die Wichtigkeit der doppelten Buchführung (Doppik) aus und für eine Kongruenz von Zielen und Instrumenten. Die an diesem Tag beschlossene Übernahme von Geldern der Altersversorgung durch den Bund wertete sie als besonders gut. Mit dem Alter zusammenhängende Kosten wären kein zu lösendes kommunales Problem. Im Anschluss an diese Ausführungen wandte sich Herr Puchta mit der Frage an **Frau Bähr**, wie realistisch es für die Länder Bremen und Berlin aus ihrer Perspektive sei, durch Ausgabenreduzierung einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Sie eröffnete in ihren Ausführungen einen Dreiklang: Zum einen müssten die Ausgaben weiter runter, 0,3 % Steigerung der Ausgabenlinie würde ihrer Einschätzung nach nicht reichen. Potenziale sehe sie hier im Personalabbau mit höheren Einschätzungen als Senator Nußbaum und bei Senkung der Personalausstattung. Zum anderen gehe es ihr um die Einnahmeseite, hier nannte sie eine niedrige Gewerbesteuer zur Entlastung der Unternehmen und warnte vor der City Tax, die die Unternehmen eher belasteten. Zugleich führte sie an, der Senat hätte sich zu spät auf die Fahnen geschrieben, Industrie anzusiedeln. Politik sei hier nicht förderlich, zeige sich z.B. in den hohen Wasserpreisen. Mit ihrem dritten Punkt verwies Frau Bähr darauf, dass bestehende Effizienzen in Berlin gehoben werden müssten: z.B. bei den Wohnungsgesellschaften oder bei IT Dienstleistungszentren, bei denen fraglich ist, ob deren Aufgaben noch kommunale Kernaufgaben seien.

Herr Puchta nahm vor allem den letzten Aspekt der öffentlichen Aufgaben im Hinblick auf die Haushalte auf und befragte hierzu den Bremer Staats-



rat, Herrn **Mützelburg**. Herr Mützelburg betonte, dass ein Wirtschaftswachstum auch unter ökologisch nachhaltigen Prämissen zu betrachten sei und verwies auf den Ausbau der Bremer Windkraftanlagen. Die Strategien, die Bremen verfolge, seien – ebenso wie die Diskussionen mit der IHK – ähnlich gelagert: Auch Bremen verfolge die Strategie des Haushaltsabbaus und der Konzentration von Dienstleistungen. Dennoch habe Bremen ein strukturelles Problem, da lange auf Schiffbau als Wachstumsbranche gesetzt wurde. Die Schuldenbremse sehe Herr Mützelburg ebenso wie Herr Nußbaum als gutes Instrument, sie löse jedoch im Hinblick auf eben diese strukturellen Probleme nicht alles. So bliebe der Schuldenstand in Bremen erhalten, was nicht aus eigener Kraft gelöst werden könne. Hier verweise er auf den Länder-Finanz-Ausgleich.

An Herrn Meyer gewandt, knüpfte Herr Puchta an die Ausführungen Herrn Nußbaums zum Ausbleiben der Steuersenkungen an und befragte ihn zu seiner Perspektive. Herr **Meyer** führte aus, dass gezielte Steuersenkungen wiederum gezielte Wachstumsimpulse förderten und letztlich die Einnahmeseite gestärkt würde. Er verwies darauf, dass er bei Berlin lediglich eine 80% Leistungskraft (gemessen am Bundesdurchschnitt) sehe. Ein Schlüssel sei für ihn die Erzeugung von Wachstum. Er stellte heraus, dass Berlin ein Ausgabenproblem habe und dass hier stärker hingeschaut werden müsse: Es wäre richtig und gut, Ausgabenpfade zu definieren, man müsse diese jedoch auch einhalten.

Herr **Nussbaum** reagierte darauf, indem er mehrere Punkte konkretisierte: Bezogen auf den Personalabbau führte er aus, dass ein Abbau nicht über Kündigung, sondern über natürliche Fluktuation zu realisieren sei. Dies könne jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen passieren, gleichbleibende hohe Qualität der Leistungen der Berliner Verwaltung bei gleichzeitiger Überalterung sei hier ein Thema. Bezogen auf die Ausgabenlinie betonte der Senator, die angestrebten 0,3 % wären bereits ambitioniert. Auch Unternehmen müssten sich ihrer Verantwortung im Klaren sein und sich beispielsweise an einer guten Infrastruktur beteiligen, wenn sie diese einforderten. Der Frage nach privaten und öffentlichen Partnerschaften (Public Private Partnerships), die sich aus dem Publikum hieran anschloss, begegnete der Senator damit, dass man genau hinschauen müsse, welche Vorteile generiert werden könnten.

Er hob des Weiteren heraus, er sehe nicht die Steuer als den Hebel zu mehr Unternehmensansiedlung, sondern den Fachkräftemangel. Berlin müsse die gut ausgebildeten Fachkräfte halten und hätte über die Mög-



berliner **wirtschaftsgespräche e.v.**

lichkeiten der Stadt hier einen klaren Vorsprung. Hier sei zu schauen, wie sich Berlin zusammen mit Brandenburg als Region aufstelle. Insgesamt wurde mit der Diskussion deutlich, dass sich Berlin mit der gegenwärtigen Ausrichtung ambitionierte und doch machbare Ziele gesetzt hat und dass es noch viele Potenziale zu heben gilt.

berliner wirtschaftsgespräche e.V. Alt Moabit 82, 3. Etage, 10555 Berlin  
Telefon: (030) 39 90 95 80 · Fax: (030) 39 90 95 81 · E-Mail: [info@bwg-ev.net](mailto:info@bwg-ev.net) [www.Berliner-Wirtschaftsgespraech.de](http://www.Berliner-Wirtschaftsgespraech.de)

Walter Momper, Vorsitzender, Regierender Bürgermeister a.D. · Dr. Thilo Sarrazin, Stellvertretender Vorsitzender  
Dr. Holger Hatje, Stellvertretender Vorsitzender · Dr. Rudolf Steinke, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Postbank Berlin · BLZ 100 100 10 · Konto-Nr. 6114-109 · Vereinsregister: AG Berlin-Charlottenburg · Nr. 17721 Nz · Steuer-Nr. 27/661/60575